

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069A, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 43.

Mittwoch, den 20. Februar 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

Das Endziel des Klassenkampfes.

Im letzten Wahlkampf hat der „sozialdemokratische Zukunftstaat“ wieder eine große Rolle gespielt, ja noch jetzt läßt er die gehegten Pläne liberaler Eintentulfs nicht los. Selbst bürgerliche Sozialreformer, denen ein ehrlicher Wille zur Besserung der bestehenden Zustände geglaubt werden darf, haben nicht den Versuch verschmäht, die Sozialdemokratie durch das Verlangen nach dem Aussehen des Zukunftstaates zu diskreditieren. Wir haben es ihnen nicht verübelt. Sie brauchen ja nichts von den Endzielen der Sozialdemokratie zu wissen. Ja, solches Wissen machte sie sogar unfähig für ihr Amt. Also...! Für alle aber, die ehrlich begreifen wollen und begreifen dürfen, was ihnen bisher fremd blieb, drucken wir die folgenden Ausführungen unseres Genossen Pannicolet aus der „L. N.“ ab.

Wenn unsere Gegner das Wort „Endziel“ vernehmen, so spiken sie die Ohren und denken wohl: jetzt werden wir endlich zu hören bekommen, wie die Sozialdemokraten ihren Zukunftstaat einrichten werden. Vielleicht auch sind sie in dieser Hinsicht schon so oft enttäuscht, daß sie begreifen: es wird auch jetzt wohl wieder nichts sein. In der Tat, was sie wünschen, können wir ihnen nicht geben. Sie erwarten, daß wir über die goldene Zukunft reden werden, wenn wir das „Endziel“ ankündigen, und wir reden über die schmutzige Gegenwart. Statt der sozialdemokratischen Zukunftsbilder, nach denen sich ihre Sehnsucht verzehrt, werden ihnen „Bilder aus der Gegenwart“ vorgeführt.

Ihre verkehrten Erwartungen in diesem Punkte stammen aus ihrer Unkenntnis über das Wesen der Sozialdemokratie her. Unsere Forderungen und Ziele sind nicht schöne Erfindungen der Phantasie, sondern notwendige Konsequenzen der harten Tatsachen. Deshalb bieten wir in unserer Agitation den Freunden und den Feinden nicht eine Ausänderung darüber; wir vornehmlich der Sozialismus sei; wir bieten ihnen viel Besseres, nämlich den Beweis, wie notwendig der Sozialismus ist. Nun gibt es bekanntlich Schriftsteller, die ausschließlich die Unmöglichkeit einer sozialistischen Gesellschaft nachweisen wollen, indem sie deren Grundlinien mit dem Maßstab ihrer kapitalistisch beschränkten Vorurteile und Gewohnheiten messen. Solchen Leuten kann man einfach entgegenhalten, daß alles Notwendige auch möglich ist; die Notwendigkeit bestimmter Verhältnisse und Einrichtungen zwingt den Menschen solche Anschauungen und Gewohnheiten auf, als eben zu ihrer Verwirklichung notwendig ist. Am besten sieht man das an dem Kapitalismus selbst; würde man einem Menschen aus einer anderen Kulturperiode die Qualen und den Widerstand der heutigen Produktionsweise beschreiben, er würde sie für eine Fieberphantasie, für eine Unmöglichkeit erklären; und dennoch ist sie grauenvolle Tatsache.

Es gibt ernsthafte Männer, welche die Qualen und Mißstände des Kapitalismus sehr gut sehen und aufrichtig bedauern. Sie glauben jedoch, daß zu ihrer Abhilfe kein „Umsturz alles Bestehenden“ notwendig sei, sondern daß durch Verbesserungen und Reformen diese Mißstände allmählich beseitigt werden könnten. Sie weisen darauf hin, daß der Zusammenschluß der Arbeiter in Gewerkschaften schon im bedeutenden Maßstabe die Löhne verbessert habe, und daß die Anfänge der staatlichen Sozialreform wenigstens bewiesen hätten, wie viel in dieser Richtung getan werden könne, um den Unzutraglichkeiten des Lohnsystems entgegenzutreten. Sie erkennen an, daß in dieser Richtung viel mehr geschehen müßte; aber sie behaupten, daß es möglich sei, durch Weitergehen in dieser Richtung den Kapitalismus für die Arbeiterklasse erträglich zu machen, so daß dann kein Anlaß mehr vorliege, sich nach einer anderen Produktionsweise zu sehnen.

Es ist wahr, daß die Gewerkschaften schon Bedeutendes geleistet haben, um die Lebenslage der Arbeiterklasse zu verbessern, und auch noch wohl mehr leisten werden. Diese Verbesserung stößt aber, je weiter sie gehen will, auf immer größere Schwierigkeiten. Die erste Schwierigkeit besteht darin, daß die Entwicklung des Kapitalismus nicht in ruhiger Gleichmäßigkeit stattfindet, sondern daß dabei Zeiten der günstigen Konjunktur mit Krisen abwechseln. In einer günstigen Zeit brauchen die Kapitalisten Arbeiter; ihnen winkt bei flottem Geschäftsgang so schönes Gold, daß sie nicht durch Kampf und Streit gestört werden wollen, sondern lieber sofort Lohnforderungen bewilligen. Dann bringt die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse ohne viel Kampf Sieg über sich. Nicht aber eine Krise herein, dann ist das Blatt gerade umgekehrt. Durch das Zusammenbrechen zahlreicher Unternehmungen häufen sich massenweise die Arbeitslosen, die zu jedem Preis Arbeit suchen. Werden sich dann auch die Organisierten, die einen Rückhalt an der Organisation haben, nicht zu einer Schleuderkonturrenz der Arbeitskraft hergeben, so sind die Nichtorganisierten noch ein bedeutender Prozentsatz, besonders in ungelerten Berufen, und können den Lohn schwer drücken. Aber auch davon abgesehen, muß eine Krise in der Regel Lohnherabsetzungen bringen. Die Kapitalisten, denen der Zusammenbruch droht, suchen sich durch Lohnherabsetzungen zu halten, und sie wagen einen verzweifelten Kampf, weil ihnen doch sonst der Untergang sicher ist. Die Gewerkschaften können sich dem nicht widersetzen und sie müssen froh sein, wenn es ihnen durch eine Reihe fast hoffnungsloser Kämpfe und vorhergesehener Niederlagen gelingt, einen allzu großen Sturz der Lohnsätze

zu verhindern. So wie jede Krise die Arbeiterschaft wieder eine Strecke zurück auf dem mühsam erklimmen Weg oder verhindert das Weitergehen.

Noch nicht allein diese aus der Natur des Kapitalismus notwendig hervorgehenden Krisen hemmen den Kampf der Gewerkschaften. Auch die großen Kapitalistenbünde und die Kartelle erschweren bedeutende Verbesserungen in der Lebenslage der Arbeiterklasse. Und schließlich stellt der Staat mit seinen Machtmitteln, Justiz, Polizei, Gesehen, sich in den Weg der kämpfenden Arbeiter. Der Staat in den kapitalistischen Ländern bildet gewissermaßen einen Ausschuss, eine Vertretung der Kapitalistenklasse (worumter hier die ganze Ausbeuterklasse, also auch die Junker, verstanden wird) und betrachtet es als seine Aufgabe, ihre Interessen auch gegen die Arbeiterklasse zu wahren. Diese brutale Einschüchterung des Staates in die Lohnkämpfe zwingt die Arbeiterklasse, möchte sie sonst noch so sehr anarchischen oder liberalen Wünschen huldigen, sich selbstständig an dem politischen Kampf zu beteiligen. Günstig in die Parlamente eingebracht, bemerken die Vertreter der Arbeiterklasse bald, wenn sie es sonst nicht wüßten, daß der Staat gar nicht gewillt ist, auf ihre bloßen Proteste und Einsprüche hin die Eingriffe zu Gunsten der Kapitalisten zu unterlassen. Sie empfinden dort bald, daß es im inneren Wesen einer kapitalistischen Staatsmacht liegt, die Arbeiterbewegung zu bekämpfen, und daß dies namentlich Ziel der beginnenden Sozialreform zu Grunde liegt, die deshalb auch nicht weiter geführt wird, als zur Förderung der Arbeiter nötig ist, ohne die Kapitalisten ernsthaft zu schädigen.

Mit einer parlamentarischen Vertretung allein ist also der Arbeiterklasse noch nicht geholfen; um ihre eigenen Forderungen durchzusetzen und die Verwendung der Staatsgewalt im Dienst der Kapitalisten aufzuheben, muß sie die ganze politische Herrschaft erringen. Als Ziel ihres politischen Kampfes muß sie sich stellen: die Eroberung der politischen Gewalt. Aber dann muß sie sich auch klar darüber werden, wie sie die politische Gewalt gebrauchen will, und welche Gesellschaftsordnung ihr dann am besten paßt.

Wir werden an dieser Stelle unterlassen, den Nachweis zu führen, wie eine bloße, kräftige, energische und nichtstolze Sozialreform einer siegreichen Arbeiterklasse notwendig die Gesellschaftsordnung zu einer sozialistischen umwälzen wird. Hier genügt es, den Grund anzugeben, weshalb die Arbeiterklasse sich grundsätzlich mit einer kapitalistischen Produktionsweise, und sei daran noch so viel verbessert, nicht zufrieden geben kann.

Der Grund liegt in dem besonderen Charakter der Arbeit unter dem Kapitalismus. Diese Arbeit ist solcher Art, daß sie für die Arbeiter eine Last und eine Qual ist, die ihnen nur Abneigung und Widerwillen einflößt. Das liegt nicht in der Natur der Arbeit an sich; die Beispiele sind zahllos, denen zu entnehmen ist, daß Anstrengung von Körper und Geist um etwas zu schaffen, für die meisten Menschen eine Freude und ein Bedürfnis ist. Nicht die Arbeit als natürliche Tätigkeit erregt daher den Ekel und den Haß des Arbeiters, sondern ihre jetzige ökonomische Form. Die Bourgeoisie, die diese Abneigung wohl sieht, aber die jetzige ökonomische Form für ewig und natürlich hält, glaubt sie deshalb einer natürlichen Neigung zur Faulheit, einer natürlichen Abneigung gegen alle Tätigkeit zuschreiben zu müssen, und daraus gründet sie ihre Vorhersagungen von der „Unmöglichkeit“ einer sozialistischen Produktion, weil dann jeder unmöglichlich versuchen werde, sich von seiner Arbeit zu drücken. Hier zeigt sich wieder, wie Sottisen über die Zukunft nur in Unkenntnis der Gegenwart ihre Quelle finden.

Die Arbeit unter dem Kapitalismus ist nicht in erster Linie Anfertigung von nützlichen Gegenständen, sondern Produktion von Mehrwert. Sie ist beides; aber der Kapitalist nimmt Arbeiter in seinen Dienst mit dem Zweck, Mehrwert zu machen, und nur soweit hierfür Produktion von Gebrauchswerten nötig ist, bequemt er sich auch dazu. Er produziert aber gerade so gern nutzlose Schundware und gefällte oder gesundheitschädliche Produkte, wenn er dadurch mehr Profit machen kann. Der Profit ist die Hauptsache und das Ziel allen Schaffens, und diesem Ziele dient also die Arbeit der Arbeiter. Sie sind dort in der Werkstatt nicht Menschen, die für ihre Mitmenschen nützliche Güter erzeugen, damit man sich auf diese Weise gegenseitig das Leben bequemer macht; nein, sie sind nur Instrumente zur Produktion von Mehrwert. Jedesmal, wo ihre menschlichen Triebe in Widerstreit geraten mit der Profitgier des Meisters, müssen die menschlichen zurücktreten. Abwechslung verschiedener Arbeiten, beschränkte Dauer, dann und wann ruhen, hinausschauen, miteinander reden, sich bewegen, sind nötig, um die Arbeit erträglich zu machen; aber sie schmälern den Profit und werden deshalb verboten. Der Profit erheischt das abstumpfende ewige Euerkel der Arbeit, das gespannte, ohne Raß und Aufsehen, Fortrücken, die Fernhaltung aller störenden Abwechslung. Der Arbeiter ist nicht nur Sklave des Meisters, der gehorchen muß, sondern er ist Sklave der Profitgier des Meisters; wo der Meister als Mensch sonst Rücksichten nehmen würde, drückt die Profitgier ihn die Sklaverei in die Hände, welche die ermatteten Arbeiter immer neue antreibt. Deshalb ist die Arbeit in unserer Gesellschaft zu einer Höllequal geworden, die trotz der Abstumpfung durch die Gewohnheit dem Arbeiter steten Widerwillen einflößt. Dies ist der Charakter der Arbeit unter dem Kapitalismus, unabhängig davon, ob mit ihr etwas mehr oder weniger Lohn verdient wird, also Ernährung und Wohnung besser oder dürftiger sind. Auch der bestbezahlte Arbeiter fühlt sich als Objekt der Ausbeutung, fühlt, daß seine Arbeit nur dem Zweck dient, Profite zu erzeugen, daß seine Neigungen als

Mensch nichts dreinzureden haben. Deshalb wird die Arbeiterklasse sich mit der kapitalistischen Produktionsweise, trotz aller Verbesserung, nie zufrieden geben können. (Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag versammelte sich am Dienstag, 1 Uhr, nachdem sein bürgerlicher Teil die Thronrede angehört hatte, zu einer rein formellen Sitzung, die aber doch Neugierige in ganzen Scharen herbeigeleckt hatte. Der alte Herr von Winterfeldt-Mentke, ein persönlich nicht unympathischer Junker, der sich nicht über zum Titeltupfer eines Fontaneischen Romanes eignen würde, übernahm den Vorsitz, da er mit seinen 84 Jahren der unbefritten Älteste des Hauses ist. Wie er mitteilte, ist er am 2. März 1823 geboren. Ein deutsches Parlament gab es damals nicht; im englischen Parlament herrschten die Tories, in der französischen Deputiertenkammer besaßen die Junker eine Majorität, die sie niemals wieder befehlen haben. So eignete sich der Sprößling dieser Zeit allerdings ganz vorzüglich zum Alterspräsidenten des Reichstages, der dann liberaler Überläufer ein agrarisches Gepräge aufweist, wie es in dieser brutalen Offenherzigkeit nicht einmal der berufene Kartellreichstag trug. Von der Heftigkeit des Wahlkampfes legten die vielen neuen Gestalten Zeugnis ab. Wenn unsere Fraktion schmerzliche Lücken aufweist, so begrüßt sie doch freudig als zurückgekehrte alte erprobte parlamentarische Kämpfer die Genossen Ulrich, Hoch, Brühne und als willkommene neue Mitstreiter auf der Reichstagschance die Genossen Hengsbach, Severing, Emmel, Böhle und Lehmann-Wiesbaden. — Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 365 Mitgliedern. Am Mittwoch wird die definitive Wahl des Präsidiums stattfinden. Schon um 2 Uhr war die kurze Duvorture, an der von Regierungswegen Graf Kosobudsky teilnahm, zu Ende.

Die Thronrede, mit deren Verlesung Wilhelm II. den Reichstag eröffnete, ist kürzer, als man das gewohnt ist. In ihrer Form zeigt sie die „Meisterhand“ Bülow's, erinnert sogar in einem Pausus ganz lebhaft an den berühmten gewordenen Silvesterbrief. Der Wortlaut ist: „Geehrte Herren! Im Namen meiner hohen Verbündeten heiße ich den neugewählten Reichstag willkommen.“

Aufgerufen zur Entscheidung über einen Zwiespalt zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehrheit des vorigen Reichstages, hat das deutsche Volk bekundet, daß es Ehr und Gut der Nation ohne kleinlichen Parteigeist trennend und fest behütet wissen will. In solcher Bürger, Bauern und Arbeiter einigenden Kraft des Nationalgefühl's ruhen des Vaterlandes Geschicke wohlgeborgen. Wie ich alle verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse gewissenhaft zu achten gewillt bin, so hege ich zu dem neuen Reichstage das Vertrauen, daß er es als seine höchste Pflicht erkennt, unsere Stellung unter den Kulturvölkern verständnisvoll und tatbereit zu bewahren und zu befestigen.

Ihre erste Aufgabe wird die Erledigung des Reichshaushalts für 1907, des Nachtragskredits für Südwestafrika und des Bahnbauens von Keetmanshoop nach Kubub sein. Diese Vorlagen gehen Ihnen sofort in der früheren, nur unwesentlich veränderten Gestalt zu.

Die schwere Krise, die durch die Zustände der Eingeborenen in Südwest- und Ostafrika über diese Schutzgebiete hereingebrochen war, ist überwunden. In Ostafrika ist der feindlichen Stämme bis auf die überreste unterworfen worden, so daß eine erhebliche Verminderung der dort stehende Schutztruppe aller Voraussicht nach möglich sein wird. Der Dank des Vaterlandes ist den Tapferen sicher, die in jahrelangen schweren Kämpfen mit einem verschlagenen und hartnäckigen Gegner den Ruhm der deutschen Waffen hochgehalten haben.

Die Entwicklung unserer Kolonien zu einem wertvollen Teil des nationalen Besitzstandes erfordert vor allem einen sorgfältig auszunutzenden Plan für den Ausbau der Verkehrswege. Um allmählich zu einer gedeihlichen Selbstverwaltung zu gelangen, werden zunächst das Rechtswesen zu vereinfachen und die Beamtenverhältnisse neu zu ordnen sein. Wie mit dem Vorschlage, ein Kolonialamt zu errichten, so wird der Reichstag auch mit den Beihilfen für die schwer geschädigten Nisiedler in Südwestafrika von neuem befaßt werden.

Der gesunde Sinn in Stadt und Land hat im Wahlkampf einer Bewegung Halt geboten, die sich, alles bestehende Gute und Lebenskräftige verneinend, gegen Staat und Gesellschaft in ihrer stetigen friedlichen Entwicklung richtet. Die großen grundlegenden Gesetze zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen sind gegen den Widerstand der Fraktion geschaffen worden, die sich als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichnet, selbst aber nichts für sie und für den Kulturfortschritt geleistet hat. Gleichwohl zählen ihre Wähler immer noch nach Millionen. Der deutsche Arbeiter darf darunter nicht leiden. Jede Gesetzgebung beruht auf dem Grundgedanken sozialer Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen und ist daher unabhängig von der wechselnden Parteigestaltung. Die verbündeten Regierungen sind entschlossen, das soziale Wert in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzuführen.

Als König von Preußen habe ich am 27. Januar d. J. kundgegeben, daß ich bei Vereidigungen meiner Person von meinem Begnadigungsrecht größeren Gebrauch machen will.

Es ist mein Wunsch, auch im Gesetze den Bestrafungen wegen Majestätsbeleidigung engere Grenzen gezogen zu sehen. Eine Vorlage für den Bundesrat wird vorbereitet.

Die allgemeine politische Lage berechtigt zu der Zuversicht, daß uns der Friede erhalten bleiben wird. Zu unseren Verbündeten unterhält meine Regierung die alten Verhältnisse, zu den anderen Fremden die guten und korrekten Beziehungen. Der am 11. Januar d. J. unterzeichnete Vertrag mit Dänemark, der durch Regelung der Verhältnisse der Optantenkinder störende Reibungen beseitigen soll, wird, wie ich hoffe, das freundliche Verhältnis zu unserem nördlichen Nachbarstaate kräftigen.

Auf Grund der Anregungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Vorschläge der russischen Regierung habe ich die Einladung zu der 2. Haager Friedenskonferenz an die Angehörigen, die berufen sein wird, im Anschluß an die Ergebnisse der 1. Haager Konferenz das Völkerrecht im Sinne des Friedens und der Humanität weiter auszubilden.

Und nun, meine Herren, möge das nationale Empfinden und der Wille zur Tat, aus dem dieser Reichstag hervorgegangen ist, auch über seinen Arbeiten walten — Deutschland zum Heil!

Programmatisch ist in dieser Thronrede in erster Linie der Wille, der sich gegen die Sozialdemokratie richtet. Man kann nicht sagen, daß Bülow, als er die Thronrede entwarf, sich besondere Mühe gegeben hätte, diese Kriegserklärung zu begründen. Die Sozialdemokratie richtet sich „gegen Staat und Gesellschaft“, und da für einen Bülow kein besserer Staat, keine bessere Gesellschaft denkbar ist, als wie sie unter seinem System sich entwickelt, so ist die Sozialdemokratie der Feind. Die Logik ist klar.

Obwohl sich die Arbeiter immer noch an die Sozialdemokratie halten, will man doch feurige Kohlen auf ihr Haupt sammeln durch das „soziale Werk“. Je nun, vom Standpunkt eines Bülow ist wohl auch das Gesetz zur Knechtung der Berufsvereine, vlesichtlich auch ein Zuchtgesetz ein „soziales Werk in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen“, unter dessen Regierungszeit ja auch das Sozialistengesetz erlassen wurde.

Die Kolonialforderungen waren zu erwarten. Man muß das Eisen schmieden, so lange es warm ist, und die Kolonialbegeisterung der „Liberalen“ einschließlic der sogenannten Demokraten ausnützen. Die Kububahn wird Bülow erhalten, ebenso die Millionen für die Antieider, so daß auch diejenigen, die die Hauptschuld am Mißstand tragen, zu guter Letzt noch eine Dotation bekommen.

Den „Clou“ bildet die Majestätsbeleidigungsgeschichte. Wir würden Bülow vorklagen, für den Entwurf den Titel zu wählen: „Gesetz zur Verhinderung der Bemühung deutscher Gefangnisse als Asyl für Töbachtlose.“

Das Interessanteste an der Thronrede ist das, was darin nicht gesagt wird. Ist der Kampf gegen die Schwarzen auch formell beendet?

Erzberger Fehler der Kolonialkorruption.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Nach dem in Nr. 41 unseres Blattes abgedruckten Bericht des th-Verichterstatters über den Prozeß Pöplau hat der Reichstagsabgeordnete Herr Erzberger unter anderem folgendes ausgesagt:

„Ich habe es nicht begreifen können, wie es möglich war, daß ein Beamter, der so schwerwiegende Beschwerden und Anzeigen erlittete, ohne jeden Bescheid gelassen wurde. Um diesen Mißständen ein Ende zu bereiten, wendete ich mich an die Reichskanzlei. Der Reichskanzler befand sich in Homburg, ich legte mich deshalb mit dem Chef der Reichskanzlei Herrn v. Loebell in Verbindung. Die Verhandlungen zerschlugen sich jedoch infolge des ablehnenden Verhaltens dieses Herrn.“

Wir sind ermächtigt, im Nachstehenden die Registratur abzufragen, die der Chef der Reichskanzlei unmittelbar nach der Unterredung aufgenommen hat, auf die sich die mitgeteilte Aussage bezieht: R 3869 pr. 26./9. 06.

Berlin, Reichskanzlei, den 26. September 1906.

Es erscheint das Mitglied des Reichstages Herr M. Erzberger und trägt vor:

Ein früherer Beamter des Kolonialamts — Pöplau — befindet sich in Disziplinaruntersuchung. In den nächsten Tagen steht Termin in der Sache an. Wie mir bekannt, hat Pöplau noch Aktenmaterial hinter sich, dessen Bekanntgabe die Kolonialverwaltung schwer kompromittieren muß und dahin führen würde, daß das Zentrum überhaupt nicht mehr geneigt sein würde, koloniale Forderungen zu bewilligen.

Herr Pöplau ist bereit, sein Material herauszugeben, wenn die Untersuchung gegen ihn eingestellt wird, andernfalls wird er das Material veröffentlichten.

Herr Erzberger wurde erwidert, daß ich es meinerseits unbedingt ablehnen muß, mich irgendwie bei dem vorgeschlagenen Engagement zu beteiligen, die Annahme derselben durch die Kolonialverwaltung auch für vollkommen ausgeschlossen halte. Ob Herr Pöplau entworfenes Aktenmaterial hinter sich habe und was er damit mache, sei für den Gang des gegen ihn schwebenden Verfahrens ganz ohne Einfluß. Es müsse Herrn Erzberger und Herrn Pöplau vielmehr ganz überlassen werden, dasjenige mit dem Material anzufangen, was ihnen gut scheine.

Herr Erzberger erklärt, daß er eine solche Antwort wohl erwartet habe, den ihm gewordenen Auftrag aber nicht hätte ablehnen können.

Die in dieser Aufzeichnung festgelegte Unterredung ist die erste und einzige, die der Chef der Reichskanzlei in der Pöplauschen Angelegenheit mit dem Herrn Reichstagsabgeordneten Erzberger gehabt hat.

Dem haitischen Herrn Erzberger wird also hier vorgeworfen, der Kolonialheherei Vorstoß geleistet zu haben. Er habe im Auftrage Pöplaus der Regierung unter gewissen Bedingungen die Vertuschung ärgster Kolonialkorruption angeboten!

Gegen diese Beschuldigung läßt sich Herr Erzberger also in der „Germania“ vernehmen:

1. Es ist unrichtig, daß ich in der Unterredung vom 26. September 1905 (nicht 1906, wie Sie schreiben) gesagt habe, daß das Zentrum überhaupt nicht mehr geneigt sein würde, koloniale Forderungen zu bewilligen. Das habe ich nicht gesagt und konnte ich nicht sagen, da ich mit keinem Zentrumsabgeordneten über diese Angelegenheit zuvor gesprochen habe.

2. Es ist falsch, daß ich gesagt habe, Pöplau wolle sein Material veröffentlichen. Ich erklärte vielmehr, daß dieses Material öffentlich in Reichstage besprochen werden müßte, wenn nicht sofort eine Untersuchung der Mißstände statifinde.

3. Es ist falsch, daß die Unterredung vom 26. September 1905 die „einzige“ gewesen sei, die ich mit dem Herrn Chef der Reichskanzlei in dieser Angelegenheit hatte. Am 18. November 1906 lud mich derselbe vielmehr zu einer zweiten Besprechung ein, die am 19. November vormittags auch stattfand, und in welcher der Chef der Reichskanzlei eigens erklärte, daß ich im September 1905 habe zu vermitteln gesucht.

4. Die vom Herrn Chef der Reichskanzlei gemachte Niederschrift lernte ich erst aus Ihrer Publikation kennen und konnte deshalb nicht früher gegen die unrichtige Wiedergabe meiner Äußerungen protestieren. Berlin, 18. Februar 1907.

Herr Erzberger berichtigt nur einige Nebensächlichkeiten. Die Tatsache, daß er der Regierung die Vertuschung der Kolonialskandale angeboten hat, wenn sie auf gewisse von ihm gestellte Bedingungen eingehe, vermag er nicht zu bestreiten! Es liegt die gleiche Heberei der kolonialen Korruptionsschmach vor, deren sich auch Herr Kooren schuldig machte!

Freilich, von einem Manne wie Erzberger, der sich über Koloniallagrenel entrüstete, um zu gleicher Zeit dem südwestafrikanischen Ausrottungsstrategen Trotha Schuldigungsschreiben zu schicken, kann man nichts Besseres erwarten!

Er mag nicht. Der lange Möller hat, nachdem im Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza die Voraussetzungen, unter denen er die ihm angetragene Reichstagskandidatur annahm, jetzt durch Aufstellung von freikinnigen, konservativen und anderen Kandidaten hinfällig geworden sind, von seiner Kandidatur Abstand genommen. — Die Nachwahl findet bereits am Freitag, den 1. März statt.

Im Prozeß Pöplau wurde am Dienstag zunächst ein Gutachten des Kreisarztes Medizinalrat Dr. Großmann vortragen, nach welchem Geheimsekretär Schneider, 31. nicht vernehmungsfähig ist. Verteidiger Rechtsanwalt Vertram beantragte die Vertagung, da der Angeklagte auf das Zeugnis Schneiders nicht verzichten könne. Der Staatsanwalt widersprach der Vertagung und der Gerichtshof beschloß, Hofrat Krager zu vernehmen und bezüglich der Vertagung den Beschluß bis nach der Zeugenvernehmung im Fall Klein vorzubekommen. — Zeuge Geheimsekretär Klein sagte aus: Als ich Pöplau vorwarf, meine Anzeige gegen den Landeshauptmann Brandes in seiner Beschwerde an den Reichskanzler mitbenutzt zu haben, erwiderte Pöplau: Sagen Sie ruhig, ich habe Ihre Akten gehabt und Abschriften gemacht. — Der Zeuge hatte den Eindruck gehabt, Pöplau glaubte in gutem Recht zu handeln und nicht einmal disziplinarisch bestraft zu werden. Hofrat Michalski erklärte, die Kleinschen Akten ebenso die Personalakten im allgemeinen seien nicht geheim gewesen. Verteidiger Vertram begründete nochmal, daß er auf die Vernehmung des Zeugen Schneider nicht verzichten könne. Daraus trat eine Pause ein. Nach Vernehmung des Zeugen Hofrats Krager und einigen neuen Vorträgen des Verteidigers veränderte der Vorsitzende den Gerichtsbeschluß, den Antrag auf Vernehmung Schneiders abzulehnen, da die in dessen Wissen gestellten Tatsachen als wahr unterstellt werden. Die Beweisaufnahme ist somit beendet. Heute finden die Maidoyers statt.

Ein Schüler des Reichsverbandes. Im anhaltischen Landtag kam es Montag vormittag zu einer erregten politischen Debatte. Der freikinnige Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Cohn, der im Reichstagswahlkampf dem nationalliberalen Gürtel in Brandenburg-Westhavelland, im früheren Wahlkreise des Sozialdemokraten Peus echt freikinnige Wahlhilfe geleistet, hatte die Behauptung aufgestellt, daß die Revisionsisten nur darum nach dem Dresdener Parteitage noch bei der sozialdemokratischen Partei geblieben seien, weil sie gefürchtet hätten, sonst den Anschluß an die Massen und damit ihre Existenz zu verlieren. Abgeordneter Genosse Peus antwortete darauf mit berechtigter Schärfe. Er nannte den Abgeordneten Cohn einen „Clown“ und vollendeten Lumpen“ und zeh ihn der „Sunfamie“. Peus wurde dreimal zur Ordnung gerufen. Aber recht hatte er doch!

Die Angst vor seiner Mindertwertigkeit hat die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses schon wieder einmal veranlaßt, die ramponierte Ehre des Dreiklassenhauses durch den Strafrichter flicken zu lassen. Die Junkermehrheit, die selbst durch die Befassung vor jeder Verantwortung geschützt, beschloß, die Redakteure unserer Parteiorgane in Halle, Magdeburg und Erfurt der Staatsanwaltschaft auszuliefern. Aber die Manieren eines Parlaments, das solche Verhältnisse faßt, ist allerdings jede weitere Bemerkung überflüssig. Nur das preussische Abgeordnetenhause hat im Gegensatz zu anderen Parlamenten es nötig, seine Ehre durch Gerichtsbeschluß reparieren zu lassen.

Die Mant- und Klauseuche ist auf einem ostpreussischen Gute ausgebrochen. Offiziös wird „vermutet“, daß sie durch „Personenverkehr“ eingeschleppt sei. Diese offiziöse „Vermutung“ ist, wie jedem denkenden Menschen einleuchten muß, einfach lächerlich. Die Konsequenz derselben wäre logischerweise auch die Grenzsperr für den Personenverkehr mit „verseuchten“ Ländern. Wie wär's, wenn der neue Landwirtschaftsminister eine derartige Vorlage im Dreiklassenparlament einbringen würde? Zweifellos wäre dann das „nationale Schwein“ vor Verseuchungsgefahr geschützt.

Rußland.

Wahlerfolge der Sozialdemokratie. In den beiden Hauptstädten hat die Sozialdemokratie nur in der Arbeiterkurie einen glänzenden Sieg errungen. In der Provinz dagegen hat sie auch in den anderen Kurien eine Reihe von Siegen zu verzeichnen, vor allem in den kaukasischen Gouvernements, die auch im vergangenen Jahre sozialdemokratische Abgeordnete in die Duma entsandt hatten. Die bis jetzt vorliegenden telegraphischen Meldungen lassen erwarten, daß 32 Sozialdemokraten, 8 der Sozialdemokratie Nahestehende und 7 Sozialisten-Föderalisten zu Wahlmännern gewählt worden. Im Gouvernement Tiflis sind von den 33 Wahlmännern 17 Sozialdemokraten, 7 stehen der Sozialdemokratie nahe, 6 gehören zu den „Troschalisten“ (armenische nationale Partei), 2 sind Kadetten und 1 gehört zu der oppositionellen Wahlorganisation Land und Freiheit. Aus Baku, das selbständig einen Dumaabgeordneten wählt, wird berichtet: „Gleich die genaue Zahl noch nicht ermittelt ist, steht jedoch schon jetzt so viel fest, daß von den 14108 Wählern 6484, d. h. 46 Prozent, zur Wahl erschienen waren. Der mohammedanische Block hat 53 Sozialdemokraten, 22 Kadetten, 4 Parteiloze und 1 Fortschrittler zu Wahlmännern gewählt.“

In Jekaterinodar (Ruban-Gebiet), wo bei den städtischen Wahlen vier Wahlmännerkandidatenlisten — die des Blocks der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre, die der Kadetten, die der Oktoberisten und die der echt russischen Leute — einander gegenüberstanden, haben die sozialistischen Parteien einen glänzenden Sieg davongetragen. Ihre Liste erhielt 21920 Stimmen, die der Kadetten nur 2105, die der Oktoberisten 591, die der echt russischen Leute 645. — In Jekaterinburg sind alle 13 Wahlmänner Sozialdemokraten. Auf Anordnung des Gouverneurs wurden die Wahlen für ungültig erklärt, und da nur noch kurze Zeit bis zu der Gouvernements-Wahlversammlung übrig bleibt, ist es leicht möglich, daß eine Neuwahl garnicht stattfinden und somit die Stadt Jekaterinburg in der Gouvernements-Wahlversammlung überhaupt nicht vertreten sein wird. In einer

ganzen Reihe von Städten, in denen die Sozialdemokraten und die Kadetten eine Wahlvereinbarung abgeschlossen haben, befinden sich zahlreiche Sozialdemokraten unter den gewählten Wahlmännern, so in Astrachan 21 Sozialdemokraten, in Jekaterinow 81 und 21 Sozialdemokraten, in Kasan 24 zum Einklassblock Gehörende.

Verurteilungen gegen politische Gefangene. Nach Meldungen aus Kasan haben die städtischen Semstwo des Staatsanwalts holen lassen und erlangten von ihm die Einleitung einer Untersuchung gegen die Gefängnisverwaltung, welche die Sträflinge gegen die politischen Gefangenen aufhekte und dieselben aufforderte, die wegen politischer Delikte inhaftierten Frauen zu vergewaltigen.

Frankreich.

Ein Sieg Briands. In der französischen Kammer wurde gestern die Haltung der Regierung in der Kirchenfrage, nachdem Briand und Clemenceau dieselbe verteidigt hatten, mit einer Majorität von 351 Stimmen gebilligt.

Amerika.

Krieg zwischen Honduras und Nicaragua. Wie ein Telegramm aus Nicaragua meldet, haben Montag nachmittag die Truppen der Republik Honduras die Truppen der Republik Nicaragua, die die Grenze bewachten, angegriffen. Nach langem Kampfe wurden die Truppen der Republik Honduras geschlagen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 19. Februar 1907.

1. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, v. Winterfeldt-Mentlin (K.) übernimmt das Alterspräsidentium, beruft zu provisorischen Schriftführern die Abg. Kimpau (N.), Pauli-Oberbarin (Np.), Engelen (Z) und Dr. Hermes (Zp.) und läßt sodann den Namensaufruf vornehmen. Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 365 Abgeordneten. Eingegangen sind der Etat sowie zwei Nachtrags-etats.

Alterspräsident v. Winterfeldt-Mentlin beraumt die nächste Sitzung auf Mittwoch 1 Uhr an. Wahl des Präsidenten und definitive Wahl der Schriftführer.

Schluß 2 Uhr.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 20. Februar.

Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Eisarbeiter nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten. Die Streikleitung.

Achtung! Gewerkschaftskartelle, Konsumvereine und Arbeiter! Da es trotz wiederholter Versuche nicht gelungen ist, mit Herrn Kufete, Bergedorf, Inhaber der Nährmittel-Fabrik, wegen Belassung der Differenzen mit seinen Arbeitern eine Einigung zu erzielen, hat das unterzeichnete Kartell beschlossen, über die Fabrikate Kufetesches Kindermehl den Boykott zu verhängen. Die Arbeiterpresse wird gebeten, hiervon Notiz zu nehmen. Die leitende Kommission des Gewerkschaftskartells Bergedorf.

Achtung, Hafenarbeiter. Die Schaufmachervereinigung der Reeder in Hamburg will einen Konflikt mit den Schauerleuten vom Baum brechen. Zuzug von Hafenarbeitern nach Hamburg und Altona ist streng fernzuhalten. Auch an anderen Hafenstädten scheinen die Reeder einen Schlag gegen den Hafenarbeiterverband zu planen. So wird aus Gmden berichtet, daß dort die Situation sehr ernst sei und sich immer mehr zuspize. Die Unternehmer erklären, in Zukunft nur noch Arbeitskräfte vom sog. Hafenverein zu beziehen, wodurch man die organisierten Arbeiter maßregeln könnte.

Vor siebzehn Jahren, am 20. Februar 1890, zog erdmäßig unser Genosse Theodor Schwarz als sozialdemokratischer Vertreter der Republik Lübeck in den Reichstag ein. Im Jahr 1893 gelang es dem Bürgerum noch einmal, das Mandat zu erobern, um es dann am 16. Juni 1898 endgültig an die Sozialdemokratie zu verlieren. Wohl rechnet man noch heute darauf, die Sozialdemokratie wieder aus dem Felde schlagen zu können, aber der Ausfall der nächsten Wahlen wird zeigen, daß diese Hoffnung eine vergebliche war. Wenn auch am 25. Januar 1907 noch manche Arbeiter, Kleinbürger und Beamte auf die Fälschungen, Unwahrheiten und Verleumdungen, die der Mißmach gegen uns ausgestreut hat, hineingefallen sind, so wird sich doch auch im Laufe der Zeit bei ihnen die Erkenntnis einstellen, daß ihr dümmster Streich die Wahl eines Kandidaten der vereinigten Reaktion war. Auch nach dem „nationalen“ Rausch wird der Ragenammer nicht ausbleiben.

S. Ein heiteres Bild, so schrieben gestern die „Lüb. Anzeig.“, war es, als eine Anzahl Tischlermeister mit fünf Arbeitswilligen durch die Stadt wanderten, um die Betriebe auf Arbeitswillige zu revidieren. In der Tat, in diesem Falle haben die „Lüb. Anz.“ einmal die Wahrheit geschrieben. Die prinzipielle Behandlung der 5 Arbeitswilligen war wirklich zum Lachen. Andererseits beweist dieser Vorgang aufs schlagendste, wie fürchtbar die Meiste in der Kleinmitten und welche Mittel sie anwenden müssen, um die lieben Arbeitswilligen zu halten. Die Sache lag folgendermaßen: Die 5 Arbeitswilligen verlangten ihre Papiere, weil sie nicht weiter arbeiten wollten. Darauf großer Schreck! Mehrere Arbeitgeber wurden zusammengetrommelt, um die Sünder zu beschreiben. Man bewirtete sie aufs beste mit Speise und Trank. Zigarren und Zigaretten waren nebensächliche Beigaben. Dann wurden die Majestäten zur Beschäftigung ihrer „Kollegen“ durch die Stadt geführt. Wir wissen nun zwar nicht, ob man 180 Exemplare gefunden hat, wie im Amtsblatt zu lesen ist. Was man aber alles zu Arbeitswilligen rechnet, davon ein Beispiel. In dem Betrieb von Gebr. Wasserstradt, in dem früher gegen 30 Tischler beschäftigt waren, sollten 5 Arbeitswillige arbeiten. In Wirklichkeit kommt nur ein Taubstummer daselbst in Betracht. — Man muß entweder Werkmeister oder „Volontäre“, wie sich die Lehrlinge dort nennen, zu Arbeitswilligen gerechnet haben. Wenn sich die Herren so selbst betrügen, kommen sie freilich zu hohen Zahlen. — Das Amtsblatt wundert sich ferner, daß wir auf seine faulsticken Unwahrheiten nicht immer antworten. Sachliche Artikel nennt der Mann vom Amtsblatt sein Geschreibsel, obwohl er von der ganzen Sachlage selbst zweifellos nichts kennt. Das blödsinnige Zeug richtet sich selbst. Nur ein kleines Beispiel: In dem Artikel „Zum Tischlerstreit“ von gestern heißt es unter anderem: „Der Streit ist für die Meister jetzt vollständig

gegenstandslos geworden." Weiter unten war dann noch zu lesen: "Die Meister haben beschlossen, im übrigen gern die Wünsche der organisierten Gesellen zu erfüllen, aber auf keinen Fall auf die halbstündige Befreiung der Arbeitszeit einzugehen. Auf so widerspruchsvolle Schreibearten zu reagieren liegt nicht der mindeste Grund vor. Wir können dem Amtsblatt verraten, daß seine Artikel über den Streik stets den Streikenden vorgelesen werden. Diese sind von den "sachlichen Angaben" so überzeugt, daß das Lachen darüber kein Ende nehmen will. Im übrigen haben die Streikenden vom Amtsblatt die Auffassung: Je mehr es über den Streik schreibt und schimpft, um so besser steht die Sache der Streikenden.

Sind denn immer noch nicht genug Zeitstellen in der Johannisstraße? Diese naive Frage stellt der "Landbote" am Schluß einer Notiz, in der er von unserer Aufforderung zur Organisation der Handlungsgesellen in seiner bekannten "geistreichen" Weise Mitteilung macht. Wir antworten dem Blatt der "Radikalfreimütigen", daß es in der Johannisstraße nicht früher genug Zeitstellen gibt, bis alle Arbeiterkategorien, ganz gleich ob mit oder ohne welcher Wäsche, erkannt haben, daß eine Verbesserung ihrer Lage nur dann möglich ist, wenn sie Angehörige ihrer Berufs-Organisation sind. In dieser Beziehung aufklärend zu wirken betrachten wir als eine unserer vornehmsten Aufgaben. Wir werden dabei auch nicht unterlassen, der Tatsache gebührend Erwähnung zu tun, daß noch alle Kämpfe der Arbeiterschaft um Erhöhung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gerade von den sogenannten freimütigen Organen am meisten zu diskreditieren versucht worden sind; für die "Arbeiterfreundlichkeit" jene Leute" ist das allerdings bezeichnend genug.

Wer ist erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes? Nach dem Wort des Gesetzes soll Erwerbsunfähigkeit dann angenommen werden, wenn eine Person nicht mehr imstande ist, durch eine ihrer Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihr unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und ihres bisherigen Berufes zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was gesunde Personen derselben Art zu verdienen pflegen. Zu dieser Vorschrift hat das Reichs-Versicherungsamt kürzlich nachfolgende Erläuterung gegeben: Unter der Herrschaft des alten Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes ist ausgesprochen worden, daß das Wort "Lohnarbeit" in seinem eigentlichen Sinne zu verstehen ist, und deshalb eine Unternehmertätigkeit als eine Erwerbsmöglichkeit, auf die der Rentenberechtigte verwiesen werden könne, nicht in Betracht zu ziehen sei. Nun ist in dem neuen Gesetz das Wort "Lohnarbeit" durch "Tätigkeit" ersetzt worden. Diese Änderung findet ihre Erklärung darin, daß in dem neuen Gesetz der Kreis der versicherungspflichtigen Personen erweitert worden ist, und zwar derart, daß die die Versicherungspflicht begründenden Tätigkeiten nunmehr nicht sämtlich unter den Begriff der Lohnarbeit gebracht werden können. Dagegen kann nicht angenommen werden, daß auch selbständige Erwerbstätigkeiten dem Versicherer zugemutet werden sollen; es gilt vielmehr für alle im § 1 des Invaliden-Versicherungsgesetzes aufgeführten Gruppen mehr oder minder die Erwägung, daß es für ein Gesetz, welches die Sicherstellung gerade der selbständigen Arbeiter bezweckt, das Naturgemäße ist, den Versicherungsfall (d. h. den Eintritt der Erwerbsunfähigkeit) darin zu erblicken, daß dem Versicherten die fernere Zugehörigkeit zur Klasse der abhängigen Arbeiterschaft durch Abnahme seiner Arbeitskraft unmöglich gemacht wird, und daß es unbillig und tatsächlich nicht durchführbar ist, einem Lohnarbeiter auf einen Erwerb zu verweisen, der zum Teil eigenartige, für die Lohnarbeit nicht in Betracht kommende Anforderungen stellt, die Übernahme einer wirtschaftlichen Gefahr und die Beschaffung eines wenn auch noch so geringen Anlagekapitals voraussetzt. Dem Versicherten werden also nur solche Erwerbstätigkeiten zugemutet werden können, die an sich geeignet sind, das Versichertsein nach dem Invalidenversicherungsgesetz zu begründen, sofern sie nach seinen Kräften und Fähigkeiten sowie nach seiner Ausbildung und seinem bisherigen Beruf für ihn in Betracht kommen. — Hierzu sei bemerkt, daß die Grundlage des Reichsversicherungsgesetzes nicht nur für die Bewilligung, sondern auch für die Entziehung der reichsgesetzlichen Invalidenrente Bedeutung haben.

Das Betreten des Eis der Wakenitz wird nunmehr vom Polizeiamt verboten, da es nicht mehr haltbar ist. Die Freude des Eisportfreunde ist nicht von langer Dauer gewesen.

Das diesjährige Zurückstellungsverfahren für den Fall einer Mobilmachung findet am Montag, den 18. März 1907, 9 Uhr morgens, auf dem Blockhof in der Vorstadt St. Gertrud statt. Die Mannschaften der Reserve, Marine-Reserve, Landwehr, Seewehr, Ersatz-Reserve, Marine-Ersatz-Reserve, sowie die ausgebildeten Landsturmpflichtigen des zweiten Aufgebots, welche im Bezirk der freien und Hansestadt Lübeck ihren Wohnsitz haben und welche wegen ihrer bürgerlichen Verhältnisse im Falle einer Mobilmachung auf Zurückstellung für das Jahr 1907 Anspruch machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Gesuche vorher, und zwar bis zum 1. März 1907, im Geschäftszimmer der Ersatz-Kommission, Lübeck, Johannisstraße 1 H., einzureichen und in dem oben angegebenen Termin persönlich zu erscheinen.

Handelsregister. Am 19. Februar 1907 ist bei der Firma Otto J. Werse in Lübeck eingetragen: Dem H. G. S. Ernst in Lübeck ist Procura erteilt.

Den Offenbarungseid leisteten im Monat Januar 9 Personen; darunter 3 Frauen. 2 Personen betrafen sich auf einen auswärts geleisteten Offenbarungseid.

Ein kurzes, aber heftiges Gewitter entlud sich heute morgen um 6 Uhr über unserer Stadt. Von Blüßschäden ist uns jedoch bisher nichts bekannt geworden. Mit dem Gewitter verbunden war ein Sturm und starker Hagelschauer. Im Februar gehören Gewitter immerhin zu seltenen Erscheinungen.

Auf Grund geraten ist in der Nacht zum Dienstag der Lübecker Dampfer "Dora", der sich auf der Reise von Königsberg nach hier befand. Das Schiff befand sich an der mecklenburgischen Küste bei Groß-Klitz, als es aufstieg; es herrschte Nebel. Da es nicht gelang, die "Dora" mit eigener Kraft abzubringen, so wurde der Schlepper "Trave" aus Travemünde requiriert und mit dessen Hilfe gelang es, das gestrandete Schiff frei zu bekommen, nachdem ein Teil der Ladung über Bord geworfen war. Die "Dora" wurde darauf in den hiesigen Hafen eingeschleppt.

Stadttheater. Aus der Theaterkassette wird uns geschrieben: Donnerstag wird das erfolgreiche "Sufarensche" zum 5. Male wiederholt. Die Direktion hat den Wünschen des Publikums entsprochen und Frau Gertraud Boehringer-Saalburg, die als Carmen im Dezember so große Erfolge erzielte, zu einem letztmaligen Gastspiel als Carmen am Freitag, den 22. Februar gewonnen. Die "Carmen"-Vorstellung dürfte wiederum ein gefülltes Haus erzielen. Eintrittskarten sind bereits in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben. Sonnabend geht als Klassiker-Vorstellung "Dithello" in Szene.

Schwarten. Wir machen hiermit auf die am Donnerstag stattfindende Sitzung aufmerksam. (Siehe Inserat.)

Entin. "Paetische" Wahlagitation auf dem Lande. Am Meierelgebäude im nahen Weinsdorf war zur Stichwahl von den Gegnern folgendes "Gebicht" angeklebt worden:

Von de Waal.

Uthorn ut Osterburg
körn in de Stichwahl glänzend durch
all de Börgers ut jeden Stand
wählten den Sozi ut datt Land
Watt wull ut Stellung in Gutin
Oldenbürger schickt em nle na Berlin.
Son roden Redaktör
schwindelt blot de Lüß wat för
Will he hier Lüß bekehren
Mut he erst ut de School un Anstand lern
Manchen Buren föll de Waal wull schwer
Harren gern sehn, dat Hammersteln dat worn wör,
Doch dar ist nicks to ännern ann
um Uthorn ist ock en dänischen Mann
denn Sozi sien Wähler sind ganz baß
bit deern krieget se werr nicks aff
see wüllt sik trösten ob de nächste Waal
Doch denn ried wie se wetter daal.

Doch bie de Schwarzen
is nicks bi to warden
Se holt datt mit dem Papst in Rom
Datt is er Gott ob Erden schon.

Natürlich hat die Reimerel ihre Wirkung auf die zarten Gemüter der Nationalliberalen und Landbändler nicht verfehlt. Sie wählten den "dänischen Mann" namens Uthorn, der ihrer würdig ist. Im übrigen beweist der von der "Muse geküßte" Wiedemann, der sich verschämt in den Mantel der Anonymität hüllt, daß es ihm sehr nötig ist, wenn er erst "ut de School geht un Anstand" (und anderes) lert.

h. Vildersdorf. Angezeigte "Doppelwähler." Die beiden Genossen, welche, wie wir bereits berichteten, sich vom Kreisbüro eine Verpläubung darüber ausstellen ließen, daß sie wahlberechtigt seien und dann, nach Ausübung ihres Wahlrechts in Herrenburg, die Wahlhandlung in Rieps kontrollierten, sind nun tatsächlich als Doppelwähler denunziert worden, obwohl auch nicht einmal der Schein gegen sie spricht. Die betr. Genossen erhielten eine Aufforderung, nach der Landtagzeit in Schönberg zu kommen; dort wurde ein Protokoll aufgenommen und festgestellt, daß die Angeklagten durchaus berechtigt waren, der Wahl in Rieps beizuwohnen. Unsere Freunde stellten auch die ihnen durch die Reise, Verköstigung usw. erwachsenen Kosten zu Protokoll, die ihnen zweifellos ersetzt werden müssen. Das Protokoll wird nach Strelich gesandt werden. Der Denunziant hätte sich die Mühe der Anzeige und dem Staate Geld zu sparen können, denn überzeugte Sozialdemokraten wissen, daß die Doppelwahl strafbar ist.

Bergedorf. Von einem Zuge überfahren und getötet ist ein Mann, dessen Leiche in der Nacht zum Sonntag auf dem Bahngleis zwischen Schwarzenberg und Wülfen von einem Bahnwärter aufgefunden wurde. Der Kopf war vom Körper glatt abgefahren. Nur geringe Kopfteile befanden sich an der Unfallstelle. Die Persönlichkeit des Mannes konnte nicht festgestellt werden, doch fand man bei der Leiche einige Gegenstände, wonach sich die Feststellung ermöglichen lassen wird. Sternach scheint der Tote ein Hamburger zu sein. Es wurden bei der Leiche leere Briefumschläge mit der Adresse: Richard Kretschmer, Hamburg, Fehlfertstraße 16, und Papierzigarettenspitzen mit der gleichen Adresse und dem Zusatz "Gastwirtschaft und Klublokal, Warmbeck" vorgefunden. Die Fundstelle ist ziemlich weit von einem gangbaren Wege entfernt, so daß man annehmen muß, der Vermunglückte habe sich selbst entleibt oder sei aus einem Zuge gefallen. Ein Verbrechen scheint ausgeschlossen zu sein, da Geld und Wertgegenstände bei der Leiche gefunden wurden.

Hamburg. Fingierter Raub. Auf dem Hauptbahnhof wurde Montagabend in einem von Kiel eingetroffenen Zuge ein 18 Jahre alter Maschinenheizer Langer in anscheinend bewußtlosem Zustande aufgefunden. Ihm sollten angeblich von einem unbekanntem Mann 200 Mk. geraubt worden sein. Der junge Mann wurde ins Spitaltrankenhause gebracht. Da Zweifel in seine Angaben gesetzt wurden, nahm man ihn scharf ins Gebet. Dienstag mittag gestand der angeblich Verurteilte ein, daß er seiner in Köhr wohnenden Mutter 300 Mk. gestohlen hat. Mit dem Gelde ist er nach Berlin und von dort nach Kiel gefahren. Von dem Rest des Geldes kaufte er sich ein Billet nach Hamburg und tische das Märchen von einer Veranbarung während der Eisenbahnfahrt auf. Der junge Mann wurde in Haft genommen.

Hamburg. Die Grundeigentümer Wahlen haben, wie bereits berichtet, auch für die Sozialdemokraten noch ein Mandat gebracht, was selbst die größten Optimisten nicht erwartet haben. Gleich den Notabeln haben die Grundeigentümer das Privileg, 40 Abgeordnete zu wählen, von denen bei der jetzigen halbseitigen Wahl 20 zu wählen waren. Die Wahlbeteiligung war eine sehr starke, gearbeitet wurde von allen Parteien mit äußerster Rührigkeit. Abgegeben wurden insgesamt 66640 Stimmen, und da jeder Wähler 20 Stimmen abgab, haben sich 3302 Grundeigentümer an der Wahl beteiligt. Auf unsere Kandidaten fielen 3811 Stimmen; die Verteilungszahl beträgt 3166, so daß uns 1 Mandat zusteht. Gewählt ist Genosse Berard, der Geschäftsführer des Hamburger Parteigeschäfts. Die vereinigten Liberalen haben 2 Mandate errungen, während die Antifemiten mit 2467 Stimmen ausgefallen sind. Die verbleibenden 17 Mandate fallen auf die Wahlrechtsräuber aller Schattierungen. Dieser Wahlkörper bildet mithin die Domäne der Feinde eines vernünftigen Wahlrechts. Unsere

Fraktion ist jetzt 19 Köpfe (nicht 20, wie irrtümlich von uns angegeben) stark gegen 18 vor den Neuwahlen, die Fraktion der vereinigten Liberalen zählt 21 Abgeordnete gegen 12 im alten Parlament. Diese 40 Abgeordneten vertreten aber doppelt so viel Wähler, als die 120 Abgeordneten der Delegierten (Notabeln und Grundeigentümer) und der "Erklassigen".

Bremen. Vom Norddeutschen Lloyd. Der Norddeutsche Lloyd kann heute auf ein halbhundertjähriges Bestehen zurückblicken. Weber in Bremen und Bremerhaven, wo dieses Jubiläum durch besondere feierliche Veranstaltungen der Gesellschaft begangen werden soll, noch sonst in Deutschland wie im Ausland wird man ganz achlos an diesem Gedenktage vorübergehen: denn diese Dampfergesellschaft, die zweitgrößte der Welt, die bedeutendste ist die Hamburg-Amerika-Linie, besitzt für den Weltverkehr und Weltverkehr eine eminente Bedeutung. Auf dem Gebiete des Seehandels und Verkehrs zeigt sich so recht, was zusammengeordnetes Kapital leisten kann; es hat sich allmählich auf diesem Gebiete ein Monopol einiger weniger Gesellschaften herausgebildet. Ein Gebiet, wo das Großkapital so recht schalten und walten kann, wo kleinere Kapitale kaum noch atmen, geschweige denn existieren können. Und nicht nur in der Seeschifffahrt, sondern auch in der Flußschifffahrt macht sich die unwiderstehliche Konkurrenz des Großkapitals immer mehr geltend. Man wird, so schreibt unser Bremer Bruderblatt, in diesen Tagen in Reden und unzähligen Artikeln die Bedeutung der Aktien-Gesellschaft Norddeutscher Lloyd für Handel und Verkehr — und mit Recht — sehr betonen, indes werden dabei kapitalistische Blätter kaum der Tatsache gedenken, daß durch das Emporkommen so mächtiger, den ganzen Handel und Verkehr monopolisierender Gesellschaften unzähligen auf kleinerem Kapital aufgebauten Unternehmungen die Existenzmöglichkeit genommen wird, ja daß durch solche Großgesellschaften unzweifelhaft unzählige Existenzen vernichtet worden sind. Unbewußt und ungewollt werden kapitalistische Blätter somit, indem die die halbjahrhundertlange Tätigkeit des Norddeutschen Lloyd lobend hervorheben, damit auch die ökonomische Entwicklung preisen. Einer der unerbittlichsten Totengräber der heutigen Gesellschaftsordnung ist die Verdrängung der kleineren Vertriebe, Kapitale, Gesellschaften durch kolossale Großbetriebe, Großkapitale, große Gesellschaften. Diese Verdrängung ist nun einmal die Folge des Wirkens der ökonomischen Entwicklung immanenten Gesetze. Die Sozialdemokratie aber, die die Existenz und das Wirken dieser Gesetze nachweist, wird dafür nicht selten verantwortlich gemacht von denselben Verehrern der kapitalistischen Gesellschaft, die heute in der Lobpreisung des Norddeutschen Lloyd die ökonomische Entwicklung lobpreisen. Von dem Umfang des "Lloyd" geben folgende Zahlen ein Bild: Vom laufenden Jahre ab arbeitet der Lloyd mit einem Aktienkapital von 125 000 000 Mk. und 55 000 000 Mk. Anleihen, zusammen also mit 180 000 000 Mk. Seine Flotte umfaßt nach dem Jahresbericht vom Frühjahr 1906 124 Seesdampfer, 50 Flußdampfer, 182 Flußtransportdampfer und 2 Segelschiffe. Zwar ist sie von der Hamburg-Amerika-Linie überflügelt worden, aber nicht dieser ist der Norddeutsche Lloyd die größte Dampfergesellschaft der Welt.

Literarisches.

Ein Bild von höchstem Interesse gibt die mit gewöhnlicher Vorklärung sofort nach den letzten Wahlen erschienene Freitag's Reichstagswahlkarte des Deutschen Reichs 1907 (Preis 60 Pf., mit Postzusendung 70 Pf., Verlag von G. Freitag u. Berndt, Wien VII., und Leipzig). In übersichtlicher Form gibt sie die Zusammenfassung des neuen Reichstags durch eine Karte Deutschlands, auf der jeder Wahlkreis durch seine Farbe die Parteizugehörigkeit des Gewählten zeigt, dessen Name überdies dem Bezirke aufgedruckt ist. Als besonders interessant sei von dem Inhalte der Karte noch die Vergleichende Größe der Fraktionen des Reichstages seit 1877, die Anzahl der abgegebenen Stimmen, die Wahlbeteiligung, Daten über Zölle, Meeres- und Marine-Ausgaben, den Handel des Reichs und der Kolonien usw. erwähnt. Die Karte ist gegen Einlieferung von 70 Pf. (auch in Briefmarken) franko durch alle Buchhandlungen, wie auch durch den Verlag G. Freitag u. Berndt, Wien VII., zu erhalten. Bestellungen nimmt die Buchhandlung von F. E. D. Meyer u. Co. entgegen.

Vom "Wahren Jakob" ist uns soeben die 4. Nummer des 24. Jahrganges zugegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder, deren eines ein Telephongespräch zwischen Bülow und Nikolaus über die deutsche Reichstagswahl, das andere Bülow's erste Tat nach der Reichstagsöffnung darstellt. Ferner bringt die Nummer die Illustrationen "Vom Wahltage", "Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht", die Verteilung des Schönheitspreises im deutschen Reichstag, "Luzifers russische Anteilung", "Ein ostelbisches Zukunftsbild", "Des Deutschen Reiches Herrlichkeit" und "Sozialpolitik der deutschen Reeder". Der herrliche Teil der Nummer bringt die Gedichte "Der Zug nach dem Schlag", "Des Zentrum's Opposition", "An Michel", "Dernburg als Dichter", "Das Weibergewert des Jaren" von Richard Wagner, "Wir düssen", "und zahlreich kleinere und größere satirische Prosabearbeitungen. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

"Von der neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 20. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Nach den Wahlen. — Die Konferenz der Parteiredakturen. Von Karl Emil. — Die Arbeiterpolitik der letzten Jahre in Rußland. Von Paul Tange (Moskau). — Die Verräterei der christlichen Gewerkschaften. Von Joh. Leinpecker. — Das Wahlergebnis in Sachsen. Von Hans Wock. — Der 25. Januar in Ostpreußen. Von Otto Braun (Königsberg). — Die Wahlen in Bayern. Von Ad. Braun. — Mimim. Von G. Ströbel. — Literarische Rundschau: Dr. Berth. Thorsch, Der einzelne und die Gesellschaft. Von G. Gerstein. — Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3/25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarzh. Druck: F. E. D. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen
V. & A.
Freitag 8 1/2 Uhr.

Arbeiter-Abstinenter-Bund.
Donnerstag abend 8 1/2 Uhr.
Gesucht zum 1. April 2. sichere Hypothek 600 Mk. zu 1/2 pCt. in ein Grundstück. Ang. u. G. A. H. an die Exped. d. Bl.
Zu verkaufen eine Handharmonika, drei Aufzüge, echte Stahlstimmen. Preis 6 Mk. Stitenstraße 16.

Zu verkaufen gut abgeputzte Steine, altes und neues Formate, billig vom Abbruch
Johannisstraße 50.
Näheres daselbst.
Eine fest sitzende Glucke zu verkaufen. Wehthoffstraße 17.
4 große Zugänger zu verkaufen. Arminstraße 26.

Zu verkaufen: Eine leichte Schiebkarre Nr. 6, Sandwagen Nr. 8, Gefellenkoffer Nr. 5. Klappenstr. 28, 1. Etg.
Empfehlungs-Karten
Liefert prompt und sauber
Die Druckerel des Lab. Volkaboten
Johannisstraße 46.

Sarg-Magazin

Fernsprecher 427. Gebr. Mütter

obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 116a.

Größtes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise!

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.

Eiserne Grabkreuze.

Überführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.
Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.

Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
Bei Barzahlung Rabatt.
Teilszahlung gestattet.
Gebe rote lubeca-Marken.

Allen voran

In Preiswürdigkeit und Haltbarkeit sind die **Arbeitsgarderoben** aus Lübeck's ältestem Spezialgeschäft von **Louis Levy** Ecke Marlesgrube gestr. Lederhosen 2.10 3.50 4.50 6. 7.50 braune 2.20 3.50 4.50 10 blaue Filzhosen 1.95 2.50 3.50 6.50 Mauerhosen 2.50 3.75 4.50 8.50 Manchestershosen 3.50 4.50 5.75 10 Zwirnhosen 1.50 2.20 3. — 4.50

Spezialität: Hamburger Schnitt-hosen f. Mauer, Schlosser, Zimmer

Sämtliche Bandweiten in Dosen vorrätig! — Blauleinen Hosen und Jacken 1.10 bis 2.50 Mk. Blau und weiß gestreifte Hosen und lein. Hemden, Mauer-Jacken und Hosen von 1.90 Mk. an. Maler-Kittel von 2.30 Mk. an. **Rote Rabattmarken!**

Paul Rehder's
Möbelfabrik: Hundestr. 13
empfehlen

praktische Geschenke:
Bilder, Bauern-tische, Servier-tische, Rauchtische, Standfüßen, Spiegel, Trimmis, Fluggarderoben, Vertikow, Spiegelschränke, Buffets.

Große Auswahl
in Polstermöbel, echte u. ff. lackierte Schlafzimmer-Einrichtungen und Küchen-Einrichtungen.
Sämtliche Möbel werden frei ins Haus geliefert.

Van den Bergh's Margarine
„Frauenstolz“
hochfeine Spezialmarke
per Pfund 80 Pfg.
ersetzt feinste Butter.
Zu haben bei:

H. Muuß, Schwartauer Allee 94.

Die Rechte u. Pflichten des Mieters.

Von **Richard Lipinski**,
20. Auflage. Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**
Zentralverband der Zimmerer
und verw. Berufsgeg. Deutschlands.
(Zahlfelle Lübeck)

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, 21. Febr.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.
Tages-Ordnung:
1. Innere Verbandsangelegenheiten.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung müssen sämtliche Mitglieder erscheinen.
Der Vorstand.

Holländischen u. Schweizer Käse

alt und pikant, tadellos im Geschmack.

Fernsprecher 473. Th. Storm, Königstraße 98.

Hochfeine Speisebutter

à Pfund 1.10 und 1.15 Mk.

Fernsprecher 473. Th. Storm, Königstraße 98.

Lübecker

Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.

Ordentliche

General-Versammlung

am Donnerstag, den 28. Februar 1907,

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 46/52.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1906.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrates über die vorgenommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes.
3. Neuwahl des Geschäftsführers und eines Aufsichtsratsmitgliedes.
4. Verteilung des Reingewinnes.

An dieser Versammlung dürfen nur Mitglieder teilnehmen, die sich durch Anteilscheine legitimieren müssen.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.

P. Pape. J. Böger.

NB. Vom 21. bis 28. Februar 1907 liegt die Bilanz, sowie die Jahresrechnung zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokal, Töpferweg 65, aus.

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck

Lieder-Abend

am Mittwoch, den 13. März

im „Vereinshaus“,
Johannisstr. 50-52.

Mitwirkende: Gesangverein „Eintracht“,
„Graphische Liedertafel“,
Gesangverein „Lyra“, :::
sowie namhafte Kräfte ::: :::

Saalöffnung 8 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Preis der Karte: 25 Pfg. Garderobe frei.

Der Vorstand ::: :::

Karten sind zu haben bei Leeke, „Vereinshaus“, Konsumverein I, Fleischhauerstraße, Konsumverein II, Glandorpstraße 1, Witfoof, Hüxstraße 18, L. Klein, Hüxstraße 94, J. Stelling, Gneisenaustraße 13, Wilh. Körner, Kupferschmiedestraße 11, Grünwald, Böttcherstraße 18, K. Dose, Gloxinstraße 16, Johs. Dührkop, Ritterstraße 6, u. in der Exp. des „Lüb. Volksb.“

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.

Der Stenographiekursus findet diese Woche nicht Donnerstag, sondern Freitag statt.

Der Vorstand.

Versammlung

der weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins
am Donnerstag, 21. Februar
abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.
Zahlreiches Erscheinen wird erbeten.
Die Vertrauensperson.

Schwartau.

Eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände, Kartelldelegierten u. der Vorstands-Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins

findet am
Donnerstag, den 21. Februar
abends 8 Uhr
im Gasthof Transvaal, Schwartau
statt.

Erscheinen aller Beteiligten dringend notwendig.

Der Einberufer.

Verein f. Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

Freitag, 22. Febr., abends 8 1/2 Uhr
im Konzerthaus Fünfhausen.

Vortrag

der Frau Clara Muche, Mergheim.
Thema: Die Volkskrankheiten:
Alkoholisismus, Tuberkulose und
Prostitution.

Mitgl. frei. Nichtmitgl. 50 Pfg.
Mittwoch, 27. Febr., abends 8 1/2 Uhr
in der Bauhütte.

Haupt-Versammlung.
Anträge dazu werden erbeten.

Achtung! Kohlenarbeiter!

Versammlung
am Donnerstag, d. 21. Febr.
abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Lohnkommission.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Der Vorstand.

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung

heute, Mittwoch, den 20. Februar,

abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von 2 Mitgliedern zur Bauarbeiter-Lohnkommission.
2. Abrechnung von der Baupolizei (Hochofen).
3. Bericht der Tarifkommission.
4. Kartellbericht.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Hansa-Theater

Montrose Troupe
Man de Wirth
Caswell & Arnold
und das grosse Programm

Stadt-Theater.

Direktion: Ludw. Biorowski.
Donnerstag, 21. Februar. 8 Uhr.
191. Abonn.-Vorst. 20. Donnerst.-Abonn.
Zum 5. Male.
Noch nie dagewesener Lacherfolg!
Husarenfieber.
Lustsp. i. 4 Akt. v. Stadelburg u. Stowronnet.
Freitag, 22. Februar. 7 1/2 Uhr.
Letztes Gastspiel
Gerda Boehringer-Saalburg
aus Dresden.
Zum letzten Male:
Carmen.
Sonabend: Othello.

Soziales und Parteileben.

Tscherniak f. Aus Antwerpen wird der Tod des russischen Revolutionärs Tscherniak gemeldet. Tscherniak war in Schweden auf Verlangen der russischen Regierung verhaftet und sollte an diese ausgeliefert werden. Das Gericht lehnte schließlich die geforderte Auslieferung ab, entließ Tscherniak aus der Haft, verwies ihn aber des Landes. Tscherniak hat sich hierauf auf einem schwedischen Dampfer, der von Gothenburg nach Antwerpen ging, unter dem Namen Pechen eingeschifft. Bei seiner Ankunft in Antwerpen hatte der Dampfer 4 Leichen an Bord. Am Sonntag waren der Kapitän und 6 Passagiere erkrankt, am nächsten Tage waren 4 von diesen bereits tot; alle Begleitererkrankungen bei der Krankheit und nach dem Tode deuteten auf Vergiftung hin. Der Dampfer hatte nur wenige Passagiere an Bord, im übrigen war er mit Schwefelholzern beladen. Man nimmt an, daß die Erkrankungen bzw. der Tod der 4 Passagiere durch das Einatmen des Phosphorgeruchs hervorgerufen ist. Bei Tscherniak dürfte in Betracht kommen, daß er durch die lange Gefängnishaft sehr geschwächt war. — Der Generalkonvent der belgischen Arbeiterpartei war gerade zu einer Sitzung versammelt, als die Nachricht eintraf, daß der Genosse Tscherniak unter den Toten sich befinde und er beschloß, die Beisetzung desselben zu übernehmen. Die Antwerpener Genossen wurden beauftragt, alles nötige in die Wege zu leiten, um dem wackeren Kämpfer für die russische Freiheit ein würdevolles Begräbnis zu bereiten.

Der jüngste Reichstagsabgeordnete. In den Blättern hieß es, daß Dr. Karl Böhm, der Herr von Verlach aus seinem Mandatsitz herausdrängte, der jüngste Reichstagsabgeordnete sein würde. Aus Herford wird der „Täglichen Rundschau“ aber geschrieben, daß der neue sozialdemokratische Abgeordnete für Bielefeld-Wiedenbrück, der dem „langen Möller“ zu einem soliden Durchfall verhalf, der Genosse Seering, mit 27 1/2 Jahren jünger sein dürfte. Der Schmerz des Scharfmacherblattes darüber, daß Bielefeld nicht „durch einen Mann von den Kenntnissen und den reichen Verdiensten des früheren Staatsministers, Erzellenz Möller“, sondern durch einen 27jährigen Schlosser“ in Reichstage vertreten sein wird, ist unermesslich. Die Mehrzahl der Wähler hat aber leider zu erkennen gegeben, daß die „Kenntnisse“ und „die reichen Verdienste“ der reaktionären Erzellenz für sie ein sehr zweifelhaftes Ding sind und die Interessen der Bielefelder Bevölkerung sind zweifelsohne in den Händen des „Schlossers“ Seering weit besser aufgehoben als in denen der „Erzellenz“ Möller.

Die Gefindeordnung hat wieder ein Opfer gefordert. Wir lesen in der „Elbinger Zeitung“: Eine traurige Heimkehr vom Fastnachtsball war am Sonntag dem Fabrikarbeiter H. Wassertrasse, beschieden. Er war in lustiger Gesellschaft gewesen, von der er erst gegen Morgen mit einem Arbeitsgenossen nach Hause kam. Im Hausflur bemerkten sie, daß etwas nicht in Ordnung war; sie machten Licht, und H. sah am Türdrücker hängend die Leiche seiner Braut, des Dienstmädchens Langanke. Das Mädchen war bisher in Unterkorbwalde in Dienst gewesen, hatte vor 14 Tagen den Dienst verlassen und war nach der Stadt gegangen. Da sich ihr Dienstherr gemeldet hatte, ihr in das Dienstbuch ein Abschiedszeugnis einzutragen, konnte sie hier keinen andern Dienst bekommen. Tag für Tag lief sie von einer Gefindevermieterin zur andern, wurde aber nirgends angenommen. Weil sie nun nicht mehr wußte, wo sie bleiben sollte, griff sie in der Verzweiflung zum Strick — Die Gefindeordnung hat also das Mädchen in den Tod getrieben. Schon vielen, vielen Tausenden Söhnen und Töchtern aus dem Volke ist dieses Gesetz zum Fluch geworden. Es hat viele Menschenleben auf dem Gewissen; es hat viele ins Verderben gebracht und vielen viele Tränen ausgepreßt und unendlichen Kummer bereitet. Auch jetzt werden Eltern und Verwandte an der Bahre des unglücklichen Mädchens trauernd stehen. Mögen sie und mögen alle, die ein Herz haben, den Schwur leisten, nicht zu rufen, sondern in den vordersten Reihen zu kämpfen, damit solche Gesetze endlich aus der Welt geschafft werden können.

Eine Freisprechung. Von der Anklage der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten wurde der Genosse Thiele vom „Volksblatt“ zu Halle durch die Straf-

kammer in Naumburg freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte neun Monate Gefängnis (!) beantragt.

Wegen Betätigung sozialdemokratischer Bestrebungen wurden in Schönheide vom sächsischen Militärverein von 1862 nicht weniger denn 114 Mitglieder ausgeschlossen.

Der Mannheimer Kohlenarbeiterstreik ist verloren. Die Ausständigen beschloßen, den Kampf bedingungslos aufzugeben.

Buchdruckerstreik. Die gesamte Beihilfenschaft der Mühlingschen Buchdruckerei in Ulm, die als einzige am Plage den Tarif nicht anerkennt, ist am 12. Februar in den Ausstand getreten. Der Betrieb wird mit einigen Lehrlingen notdürftig aufrecht erhalten. Die „Schnellpost“ erschien am 12. Februar verspätet. Dr. Mühlings, der Besitzer, ist Landtagsabgeordneter; er gehört dem Bauernbund an.

Aus dem Gerichtssaal.

Wie man Soldatenmishandlungen bestraft. Vor dem Kriegsgericht in Dresden standen der Wizefeldwebel Franz Emil Bömpner und der Sergeant Albert Otto Fischer, beide von der 2. Kompanie des Grenadierregiments Nr. 101 in Dresden, wegen Mißhandlung Untergebener und unbefugter Annahme einer Dienstgewalt. Der Angeklagte Bömpner ist ehemaliger Unteroffizierskandidat, welche bekanntlich einen besonderen Scheid im Drill entwickeln. Bezeichnend an dieser Verhandlung ist, daß die Mißhandlungen fast fünf Jahre zurückliegen und auch schließlich nie bekannt geworden wären, wenn nicht der eine der Verletzten, der Grenadier Presam, nachträglich Entschädigungsansprüche an den Militärstützpunkt geltend gemacht hätte mit der Begründung, daß er durch die erlittenen Schläge eine dauernde Vereinträchtigung des Gehörs erlitten habe. Es wurde darauf die Unternehmung eingeleitet und nach Feststellung der Tatsachen gegen die beiden Soldatenschänder Anklage erhoben. Der Angeklagte Wizefeldwebel Bömpner hat im Winter 1901—1902, also als er noch junger Unteroffizier war, verschiedene Mißhandlungen verübt. So hat er etwa 14 Tage vor Weihnachten eines Tages während der Instruktion dem Grenadier, jetzigen Reservisten Presam 6 bis 8 heftige und schmerzhaft Ohrfeigen verleiht, weil dieser eine Frage nicht beantworten konnte. Der Beschlagene hat davon ein heftiges Ohrenschmerzen bekommen, welches heute noch austritt und weswegen Presam schon drei Ohrenspezialärzte zu Rate gezogen hat. Darauf beruhen auch seine Entschädigungsansprüche. Ferner hat der Angeklagte Bömpner bei einer Gemeindefahrt dem damaligen Grenadier Krutz mehrere heftige Schläge mit der Hand oder mit der Faust unter die Kinnlade verleiht, weil dieser angeblich das Gewehr nicht richtig gereinigt hatte. Weiter hat der Marschführer bei verschiedenen Gelegenheiten die Mannschaften seiner Kompanie, welche ihre Übungen beim Schießen nicht erfüllt hatten, Kniebeuge mit Gewehrstrecken machen lassen. In den meisten Fällen haben sie die Kniebeuge so lange machen müssen, bis die Leute vor Erschöpfung nicht mehr konnten. Nach der Aussage eines Zeugen ist es vorgekommen, daß die Mannschaften diese „Übungen“ 200—300 mal machen mußten, wobei gezählt werden mußte. Dem Angeklagten Fischer wird zur Last gelegt, dem Grenadier Presam, als dieser eben erst die Ohrfeigen vom Wizefeldwebel bekommen hatte, im Vorbeigehen auch eine schmerzhaft Ohrfeige verleiht zu haben. Beide Angeklagte bestreiten die Mißhandlungen, zum Teil wollen sie sich nicht mehr erinnern können. Der Wizefeldwebel gibt an, daß er die Kniebeugen mit Gewehrstrecken nicht habe machen lassen, um die Leute zu schinden, sondern damit sie sich mehr im Schießen einüben sollten! Verschiedene Zeugen hielten mit ihren Aussagen sehr zurück, nur der Zeuge Presam ist in seinen Aussagen sehr bestimmt. Da die

zur Anklage stehenden Punkt so sehr lange zurückliegen, gestaltete sich die Beweisaufnahme sehr schwierig, obgleich in der Voruntersuchung sämtliche beteiligten Zeugen sehr Bestimmtes ausgesagt haben. Und nun das Urteil für diese Schindereien: Der Angeklagte Bömpner wird wegen Schlägen eines Untergebenen in einem Falle und unbefugter Annahme eines Befehls zu — 10 Tagen gelindem (!!) Arrest verurteilt, von den übrigen Punkten aber freigesprochen! Der Angeklagte Fischer wird gänzlich freigesprochen! Bei Bömpner hat man die Kniebeugen mit Gewehrstrecken als unbefugte Annahme eines Befehls angesehen! — So bekämpft man Soldatenmishandlungen.

Aus Nah und Fern.

Eine schlimme Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Mit noch zwei anderen Knaben kletterte der vierzehnjährige Schüler Paul Hachenberg in Rönspieler am Mittwoch nachmittag auf den Decker Festungswerken herum. Ein hinzukommender Militärposten nahm die Jungen fest, um sie abzuführen. Auf der Siegburger Straße gelang es zweien zu entfliehen, und als Hachenberg sah, daß seine Freunde glücklich entwichen waren, machte er ebenfalls einen Fluchtversuch. Er konnte sich nur wenige Schritte von dem Soldaten entfernen. Ein preussischer Wachtposten hat neben seinem geladenen Schlegelprügel noch eine Instruktion, die ihn zwingt, auf den Flüchtling zu schießen, wenn er dem Halteruf nicht Folge leistet. Der Junge erklart, einen Halteruf des Soldaten nicht gehört zu haben. Der Soldat schoß, obgleich der „Flüchtling“ sich vielleicht fünf Schritte vor ihm bewegte, eine scharfe Patrone auf ihn ab, wodurch dem Jungen die rechte Hand durchschossen und schwer verletzt wurde. Der Soldat beruft sich auf seine Instruktion, die ihn zu seinem Vorgehen zwingen habe. Der Mann befindet sich formell im Recht und ihm wird auch kein Haar gekrümmt werden. — Angesichts dieses entsetzlichen Vorfalles, dem leicht ein Menschenleben hätte zum Opfer fallen können und der jene militärische Einrichtung wiederum in ihrer ganzen Gemeingefährlichkeit zeigt, muß mit verdoppelter Schärfe die Forderung auf Änderung erhoben werden. Man gibt jungen, unerfahrenen Leuten, die zum großen Teil in bezug auf ihre Intelligenz und ihr Verantwortungsgesühl nicht einmal den bescheidensten Ansprüchen genügen, innerhalb der Straßen einer Stadt eine geladene Waffe in die Hand, mit der sie, ohne lange zu überlegen, das größte Unheil anrichten können. Dieser Zustand ist bezeichnend dafür, wie unheilvoll sich in Preußen-Deutschland der Militarismus breit machen darf. Man führe sich den vorliegenden Fall genau vor Augen. Es ist nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr; auf der stets belebten Siegburger Straße schießt der Soldat auf eine kurze Entfernung sein Gewehr ab. Das Geschloß dringt von hinten durch die Hand des laufenden Jungen und sauft einem gerade mit einer Dame vorübergehenden Herren am Körper vorbei. Um eine Kleinigkeit, und die Kugel wäre dem Knaben in den Rücken gedrungen, er hätte auf der Stelle tot zusammenbrechen können, oder irgend ein harmloser Spaziergänger wäre von dem tödlichen Geschloß zu Boden gestreckt worden. In Deut ist ein derartiges Vorkommnis nicht neu. Es ist hohe Zeit, daß dieser barbarischen, eines Kulturstaates unwürdigen Einrichtung ein Ende gemacht wird.

Staatsarbeiter und das geheime Reichstagswahlrecht. In dem königlichen Bergwerk in Balmücken (Ostpreußen) wurden in dem Wahlbezirk Gr.-Subnicken 74 sozialdemokratische, 54 konservative und 7 liberale Stimmen abgegeben. Selbst hier wurde das beliebte Schichten der abgegebenen Wahlwerts angewendet. Als vor dem Auszählen der Stimmen vier Vergleute verlangten, daß die Kuverts, die in einer Suppenterrine sorgfältig aufgeschichtet lagen, durcheinander geschüttelt werden sollten, lehnte man ihren Wunsch ab, obwohl selbst der Amtsvorsteher und der Jendarm sie in ihrem Verlangen unterstützten. Nach einigen Tagen, als die Bergwerksverwaltung erfahren hatte, wie viel Sozialdemokraten in ihrem Betriebe sind, kündigte sie den vier Vergleuten, die verlangt hatten, daß das Gesetz befolgt werden sollte. Es würde dabei ausdrücklich

Der Kunststreiter.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(27. Fortsetzung.)

Mähler, der den trotzigen, unbändigen Charakter des Knaben nur zu gut kannte und schon oft darunter gelitten hatte, schritt mürrisch den Gang entlang, dem Wohnzimmer zu. Georgine aber, Karls Arm ergreifend, hielt ihn noch einige Sekunden zurück, bis ihr Vater soweit voran war, sie nicht mehr hören zu können, dann flüsterte sie rasch: „Schreib' mir von dort, Karl, willst Du?“

„Gewiß will ich, und ausführlich.“

„Gut, ich werde Dir nach Tische einen Zettel geben, auf dem eine Anzahl Fragen stehen. Schreib' mir die Antwort darauf — aber vergiß keine und — laß mich nicht lange warten.“

„Und Du willst kommen?“ fragte der junge Bursche mit glänzenden Augen. „Du weißt am besten, wie sich Royaget darüber freuen würde.“

„Ich kann nichts Bestimmtes sagen. — Wir müssen auch fort.“ Georg darf nicht ahnen, daß ich mit Dir darüber gesprochen.“

„Dab' keine Furcht,“ lachte Karl, „wir beide stehen auf keinem solchen Fuße mit einander, daß wir uns unsere Geheimnisse anvertrauen, und ich befürchte es Dir — darauf kannst Du Dich verlassen.“

„Ich danke Dir, — ich werde nachher wieder herüberkommen und Dir Reisegeld bringen — Du mußt wenigstens einen Zehrpennig haben, daß Du nicht als Bettler dort ankommst.“

„Desto besser,“ lachte der Knabe still vor sich hin, „aber auch ohne einen Schilling in der Tasche hätt' ich meinen Plan durchgeführt.“

Georgine antwortete ihm nichts darauf, sondern eilte dem Vater nach, die streng gehaltene Offensstunde nicht zu veräumen. Karl folgte ihr langsamer. Was lag ihm daran, wenn er auch zu spät kam und Georg böse darüber wurde — es war das letzte Mal heute, und wenn er sich über ihn ärgerte, desto besser!

18.

Der alte Mähler suchte an dem Nachmittage noch durch alle seine Überredungskünste dem Knaben den Entschluß des Fortlaufens auszureden, aber vergeblich. Karl, mit dem neuen, freien Leben vor sich, und des Zwanges, dem er sich hier hatte fügen müssen, lange müde, beharrte nicht allein fest auf seinem einmal gefaßten Vorsatz, sondern überredete sogar den Alten, daß er ihn bis nach Schildheim hinunter begleitete, um dort selber seine neugefundenen Freunde zu treffen. Das mußte natürlich heimlich geschehen; der Präzeptor störte sie dabei nicht, da dieser die Sonntags-Nachmittage gern zu seinen Studien benutzte und Karl dann immer auf seines Onkels Stube war. Aberdies konnte die Zusammenkunft nur eine kurze sein, denn mit der Dämmerung machten sich die „Künstler“ schon wieder auf den Weg, um im nächsten Dorfe zu übernachten und den andern Morgen rechtzeitig die nächste Eisenbahnstation zu erreichen. Georg erfuhr Karls Flucht auch erst am andern Morgen, und zwar durch den Hauslehrer, der seinen Zögling vergebens zur Stundenzelt erwartete und ihn dann ebenfalls ohne Erfolg bei seinem Onkel suchte. Der alte Mähler machte sich nun allerdings darauf gefaßt, eine heftige Scene mit seinem Schwiegereltern zu müssen, denn daß er um Karls Flucht gewußt, lag auf der Hand. Sehr erkaunt und nicht unangenehm überrascht war er aber sowohl wie Georgine, daß Georg keine Silbe davon erwähnte. Dieser ritt allerdings gleich nachdem er die Nachricht erhalten, fort und kehrte erst gegen Abend zurück — war er ihm gefolgt, in der Absicht, ihn wieder einzufangen? Wenn das der Fall gewesen, sprach er mit niemandem darüber, und selbst beim Abendessen erwähnte er des Flüchtlings mit keiner Silbe. Georgine glaubte nicht mit Unrecht, daß er selber froh war, den lästig werdenden Knaben, ohne eigenes Zutun, aus seiner Nähe entfernt zu wissen.

So vergingen die nächsten Wochen. Der Kandidat, dessen Zögling auf so seltsame Weise abhandeln gekommen, war entlassen worden, und das Leben auf dem Gute ging wieder im alten, stillen Gange. Allerdings suchte jetzt Georg seine Frau in mancher Weise zu zerstreuen und führte sie wieder mehr als im letzten Monate auf die benachbarten Güter, deren Insassen auch Schildheim manchmal aufsuchten — aber Georgine fand keine Freude mehr daran. Die alte Sehnsucht war in ihr

erwacht; es drängte sie jetzt mehr, allein und ungestört zu sein, um ihre eigenen Pläne und Träume zu überdenken, als sich durch fremde, gleichgültige und ihr oft langweilige Menschen zerstreuen zu lassen, und während Georg dieses Zurückziehen von der Gesellschaft mit Freuden sah und zu seinen Gunsten deutete, brütete der Geist der Frau über Trennung — Flucht von ihm.

Nicht sobald hatte der alte Mähler den Knaben vergessen, an den er sich einmal gewöhnt — an dem sein Herz hing. Er fehlte ihm auf Schritt und Tritt — Tag und Nacht mußte er an ihn denken, und um die Zeit zu töten, mit der er jetzt weniger anzufangen wußte als je, ging er nun häufiger in den „Stern“ hinunter, in des alten Tobias Gesellschaft, seine eigenen mürrischen Gedanken zu ver-gessen.

Georg mußte das endlich bemerken, und um ihn davon abzugleichen, suchte er den Alten im Gute selber zu beschäftigen. Er wollte ihn nach und nach an eine geregelte Tätigkeit gewöhnen — aber das ging nicht mehr. Mähler hatte sich in seinem ganzen Leben noch nie nützlich beschäftigt, und dachte gar nicht daran, auf seine alten Tage etwas Derartiges zu beginnen. War er dem nun früher so viel wie möglich angewöhnt, so kam es ihm jetzt, mit den Gedanken an den ent-lausenen Neffen und das lustige Leben, in dem dieser schwelgte, doppelt zuwider vor. Alles ihm Aufgetragene führte er deshalb nachlässig oder gar nicht aus, und der Heftigkeit Georgs begegnete er mit einer störrischen Gleichgültigkeit, die eben alles über sich ergehen ließ. Nach vierzehn Tagen aber hielt er selbst das nicht mehr aus. Es war ein Brief von Karl gekommen, und Georgine hatte ihm den Inhalt desselben mitgeteilt. Die Versprechungen von dort lauteten dabei so verlockend, daß er ihnen, mit der Sehnsucht nach dem Jungen, nicht länger widerstehen konnte, und er beschloß, einen ent-schiedenen Schritt zu tun.

Das heuere, bis dahin geführte Leben hätte aber doch auch zuviel Anziehendes für ihn gehabt, es so ohne weiteres, besonders ohne Sicherheit, was er dafür erkaufte; vor der Hand zu weisen — eine Hintertür beschloß er sich, jedenfalls offen zu halten, noch dazu, da ihm das zugleich Gelegenheit bot, sich auf friedlichere Weise von Georg zu trennen. Schnell deshalb mit seinem Plane im Reinen, ging er noch am den nämlichen Abend zu seinem Schwiegereltern und erklärte ihm,

Der verschwundene Brief.

Roman von G. v. August König. (Nachdruck verboten.) Sie sind ein abscheulicher Mensch, sagte sie mit bebender Stimme...

Die streckte den Arm aus und zeigte auf mehrere Herren, die ihnen lachend entgegen kamen. Da mochten Sie aus dem Regen in die Traufe geraten...

Er wandte ihr den Rücken: Rosa blieb stehen, bis er ihren Blick entschwandten war, dann setzte sie rasch ihren Weg fort.

Was es schon so weit gekommen, daß dieser elende Mensch sie auf offener Straße beschimpfen durfte? Der Vater und Theodor erwiderten sie schon seit einer Stunde mit machender Unruhe.

„Nun denn“, sagte Rosa, als sie nicht länger der Antwort ausweichen konnte, „es mag mit keine Schande und ich hoffe, ich werde mit versehen, wenn mein Vorkommen Euch betrifft.“

„Ich habe genug gelernt, um in der Musik unterrichten zu können“, fuhr sie fort, mit feuchten nur die Schülerrinnen.

„Du verbirgst uns noch etwas, Rosa“, sagte der junge Mann nach einer Weile. Betroffen sah Berner zu seinem Kinde auf.

„Na, es ist wahr“, fügte er hinzu, „deine Aufregung ist mir sofort aufgefallen, du kamst atemlos an, du güttelst noch jetzt — was ist dir begegnet?“

„Nichts von Bedeutung — gemäß nicht!“ „Kind, verberg uns nichts! Was es auch sein mag, laß es uns wissen.“

Ein kleines Feuilleton.

Sie Kraft eines Käfers. Es ist hervorzuheben worden, daß die Körperkraft von Insekten, namentlich von Käfern und Ameisen, weit größer ist...

Zwiebeln gegen Frostbräun. Die Heilkraft der Zwiebeln gegen verschiedene Leiden ist von alter Zeit bekannt und gerühmt.

Vor wiederkehrenden Frostbräun. Die Hände zu schütten, empfiehlt es sich, vor eintretendem Froste morgens und abends dieselben mit Spiritus oder Eau de Cologne zu waschen und trocken abzuwischen.

Humoristisches. Verlorenes Auerbüchlein. Dichter: Für diesen Streich sollst Du fest tüchtige Hiebe haben.

Aus der Jugend. Auf dem Bahnhofswege eines sehr östlichen deutschen Bahnhofs stehen, nicht weit von einander entfernt, der Handwerksmann Chajim Bruchband und der General a. D. General ist in Begleitung seines Hundes, den er Moses nennt, und läßt das künge Tier allerlei seltsame Kunststücke machen.

Der Mann nahm das Wort, „erinnertst du dich genau, wo du ihn triffst?“ „An der Ecke des Rittergäßchens.“ „Ah, ich ahnte es.“

Der Mann sagte, darauf kommt es am wenigsten an!“ „Ich meine, darauf kommt es am wenigsten an!“ sagte Berner. „Wenn mir der Ruchse zufällig in die Hände fällt —“

Für unsere Frauen.

Es geht vorwärts. In Lübeck hat der Wahlkampf die Frauen zum politischen Leben erweckt.

Die Frauen zum politischen Leben erweckt. In unseren kleinen Städten, wo die Frauen sich politisch organisieren können, gehörten im letzten Sommer dem Wahlverein nicht mehr als 22 weibliche Mitglieder an.

Die Frauen zum politischen Leben erweckt. In unseren kleinen Städten, wo die Frauen sich politisch organisieren können, gehörten im letzten Sommer dem Wahlverein nicht mehr als 22 weibliche Mitglieder an.

Die Frauen zum politischen Leben erweckt. In unseren kleinen Städten, wo die Frauen sich politisch organisieren können, gehörten im letzten Sommer dem Wahlverein nicht mehr als 22 weibliche Mitglieder an.

Die Frauen zum politischen Leben erweckt. In unseren kleinen Städten, wo die Frauen sich politisch organisieren können, gehörten im letzten Sommer dem Wahlverein nicht mehr als 22 weibliche Mitglieder an.

Die Frauen zum politischen Leben erweckt. In unseren kleinen Städten, wo die Frauen sich politisch organisieren können, gehörten im letzten Sommer dem Wahlverein nicht mehr als 22 weibliche Mitglieder an.

Die Frauen zum politischen Leben erweckt. In unseren kleinen Städten, wo die Frauen sich politisch organisieren können, gehörten im letzten Sommer dem Wahlverein nicht mehr als 22 weibliche Mitglieder an.

Die Frauen zum politischen Leben erweckt. In unseren kleinen Städten, wo die Frauen sich politisch organisieren können, gehörten im letzten Sommer dem Wahlverein nicht mehr als 22 weibliche Mitglieder an.

Die Frauen zum politischen Leben erweckt. In unseren kleinen Städten, wo die Frauen sich politisch organisieren können, gehörten im letzten Sommer dem Wahlverein nicht mehr als 22 weibliche Mitglieder an.

Der verschundene Brief.

Roman von G. v. August König. (Nachdruck verboten.) Sie sind ein abscheulicher Mensch, sagte sie mit bebender Stimme...

Die streckte den Arm aus und zeigte auf mehrere Herren, die ihnen lachend entgegen kamen. Da mochten Sie aus dem Regen in die Traufe geraten...

Er wandte ihr den Rücken: Rosa blieb stehen, bis er ihren Blick entschwandten war, dann setzte sie rasch ihren Weg fort.

Was es schon so weit gekommen, daß dieser elende Mensch sie auf offener Straße beschimpfen durfte? Der Vater und Theodor erwiderten sie schon seit einer Stunde mit machender Unruhe.

„Nun denn“, sagte Rosa, als sie nicht länger der Antwort ausweichen konnte, „es mag mit keine Schande und ich hoffe, ich werde mit versehen, wenn mein Vorkommen Euch betrifft.“

„Ich habe genug gelernt, um in der Musik unterrichten zu können“, fuhr sie fort, mit feuchten nur die Schülerrinnen.

„Du verbirgst uns noch etwas, Rosa“, sagte der junge Mann nach einer Weile. Betroffen sah Berner zu seinem Kinde auf.

„Na, es ist wahr“, fügte er hinzu, „deine Aufregung ist mir sofort aufgefallen, du kamst atemlos an, du güttelst noch jetzt — was ist dir begegnet?“

„Nichts von Bedeutung — gemäß nicht!“ „Kind, verberg uns nichts! Was es auch sein mag, laß es uns wissen.“

Humoristisches.

Verlorenes Auerbüchlein. Dichter: Für diesen Streich sollst Du fest tüchtige Hiebe haben.

Aus der Jugend. Auf dem Bahnhofswege eines sehr östlichen deutschen Bahnhofs stehen, nicht weit von einander entfernt, der Handwerksmann Chajim Bruchband und der General a. D. General ist in Begleitung seines Hundes, den er Moses nennt, und läßt das künge Tier allerlei seltsame Kunststücke machen.

Der Mann nahm das Wort, „erinnertst du dich genau, wo du ihn triffst?“ „An der Ecke des Rittergäßchens.“ „Ah, ich ahnte es.“

Der Mann sagte, darauf kommt es am wenigsten an!“ „Ich meine, darauf kommt es am wenigsten an!“ sagte Berner. „Wenn mir der Ruchse zufällig in die Hände fällt —“

Der Mann sagte, darauf kommt es am wenigsten an!“ „Ich meine, darauf kommt es am wenigsten an!“ sagte Berner. „Wenn mir der Ruchse zufällig in die Hände fällt —“

Der Mann sagte, darauf kommt es am wenigsten an!“ „Ich meine, darauf kommt es am wenigsten an!“ sagte Berner. „Wenn mir der Ruchse zufällig in die Hände fällt —“

Der Mann sagte, darauf kommt es am wenigsten an!“ „Ich meine, darauf kommt es am wenigsten an!“ sagte Berner. „Wenn mir der Ruchse zufällig in die Hände fällt —“

Der Mann sagte, darauf kommt es am wenigsten an!“ „Ich meine, darauf kommt es am wenigsten an!“ sagte Berner. „Wenn mir der Ruchse zufällig in die Hände fällt —“

Der Mann sagte, darauf kommt es am wenigsten an!“ „Ich meine, darauf kommt es am wenigsten an!“ sagte Berner. „Wenn mir der Ruchse zufällig in die Hände fällt —“

